

CDU-Stadtratsfraktion Haldensleben

Haldensleben, 08.02.2019

Mario Schumacher

Büro des Stadtrates Haldensleben
Stadtratsvorsitzender Guido Henke
Markt 22
39340 Haldensleben



Antrag der CDU-Fraktion zur Stadtratssitzung am 28.02.2019

Der Stadtrat Haldensleben beschließt den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Guido Henke, im Namen des Stadtrates zu beauftragen, einen Brief an den Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff zum Thema Straßenausbaubeiträge zu verfassen.

Die CDU schlägt folgende Fassung (siehe Anlage 1) vor.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mario Schumacher', written in a cursive style.

Mario Schumacher

Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion

Anlage 1 zu CDU –Antrag Stadtratssitzung 28.02.2019

Textentwurf:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

aus Sorge um den sozialen Frieden in unserer Stadt wendet sich der Stadtrat Haldensleben an Sie und bittet um Ihre Hilfe.

Es geht um das Land auf und Land ab heiß diskutierte Thema der Straßenausbaubeiträge.

Es haben sich bisher in Haldensleben 3 Bürgerinitiativen gebildet, die massiv den Stadtrat und die Verwaltung drängen, sich massiv für die Abschaffung dieser Beiträge einzusetzen. Gegenwärtig finden sich gleichgelagerte Bürgerinitiativen im gesamten Bundesland. Es werden Unterschriften gegen die Ausbaubeiträge in ganz Sachsen-Anhalt gesammelt.

Den Unmut der Bürger bekommen wir Stadträte täglich zu spüren.

Es werden bundesweite Vergleiche angestellt. Dabei ist festzustellen, dass nur noch wenige Länder diese Beiträge erheben. Erst kürzlich haben die Länder Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die Beiträge abgeschafft.

Wir beobachten die Diskussion in Land und Landtag sehr aufmerksam. Bei dieser Diskussion haben sich die Landesverbände der Wohnungswirtschaft vehement für die Abschaffung eingesetzt.

Auch der Städte- und Gemeindebund unseres Landes ist für die Abschaffung dieser Beiträge.

In einem Land mit immer noch bescheidenen Löhnen und Gehältern wie auch geringen Sparrücklagen ist die Abschaffung solcher Forderungen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätze unerlässlich.

Bei den gegenwärtig explodierenden Baupreisen kommen da schnell auf den Hauseigentümer 5.000 bis 15.000 Euro zu. Die Stadt muss kassieren, da die Straßenausbaubeiträge eine landesgesetzlich geforderte Abgabe ist.

Es ist hohe Zeit, diese Zwangsabgabe zu beenden. Alle Parteien im Landtag bis auf eine haben diese Notwendigkeit erkannt und wollen die erforderlichen Mittel von etwa 30 Millionen Euro durch den Landesetat finanzieren. Das würden 0,3 % des Landesbudget sein.

Eine Neiddebatte zu führen, „Ich habe bezahlt du sollst bezahlen...“ ist unproduktiv und rückwärts gewandt. Es gibt bei jeder Gesetzesänderung eine Stichtagsregelung, die auch hier Anwendung finden muss.

Kommunal- wie auch Europawahlen stehen vor der Tür. Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben das begriffen und gehandelt.

Die Argumentation man dürfe sich vom Wahlkampf nicht treiben lassen sind weltfremd. Jeder Bürger hat das Recht vor der Wahl zu wissen, was nach der Wahl geschieht.

Was in anderen Ländern möglich ist, muss auch in Sachsen-Anhalt realisierbar sein.

Die Städte und Gemeinden im „Regen stehen zulassen“ und den Unmut der Bürger auf die „unterste Bühne“ zu verlagern ist eines Landtages nicht würdig.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bitten Sie eindringlich auf den Landtag einzuwirken, um eine Entscheidung in dieser so wichtigen Angelegenheit noch vor den Wahlen zu treffen.

Hochachtungsvoll.....“